



AlpTransit **Besprechung Umweltorganisationen und NEAT vom 21. April 1993**

Interne Aktennotiz

Teilnehmer:

Organisationen	Herr Nationalrat Rudolf H. Strahm, Kontaktstelle Umwelt (KSU) Herr Arnold, Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) Herr Ueli Balmer, WWF Schweiz Herr Raimund Rodewald, Schw. Stiftung für Landschaftsschutz (SL) Herr Dr. Jürg Rohner, Schw. Bund für Naturschutz (SBN) Herr Joseph Rohrer, Schw. Bund für Naturschutz (SBN)
GS EVED	Herr Dr. Fritz Mühlemann, Generalsekretär (Vorsitz) Herr Jens Lundsgaard-Hansen, Pers. Mitarbeiter Departementschef Herr Fürsprecher Rolf Lüthi, Chef Rechtsdienst, Stv. Generalsekretär
BAV	Herr Dr. Fritz Bürki, Direktor Herr Rechtsanwalt Philippe Gauderon, Vizedirektor Herr Rolf Schmid, wissensch. Adjunkt

Nachstehend sind die gestellten Fragen seitens der Vertreter der Umweltorganisationen und die entsprechenden Antworten in Kurzform, bzw. in Stichworten wiedergegeben.

- **Projektorganisation** (Strahm)? Offene Planung; Behördendelegationen; Projektkommissionen; Arbeitsgruppen u.a. AGUM mit Vertretern BUWAL, BRP und entsprechenden Fachstellen der Kantone; Projektübergang an die Bahnen vor Sommer 93; Beibehaltung AGUM auch nach Uebergang in analoger Form vorgesehen; Dreistufige UVP; Formeller Einbezug der Umweltorganisationen im Vorprojektverfahren wurde vom Parlament abgelehnt (Bürki).
- **Auftrag an die Bahnen bei Uebergabe, Signale, Prioritäten** (Rohner)? Verlangt wird eine Basisvariante a) betreibbar b) möglichst umweltschonend und gesetzliche Bestimmungen einhaltend c) im Rahmen von 14 Mia Franken; Möglichkeit einer zusätzlichen Variante auf Wunsch Kanton bzw. Bahn; Anliegen der Kantone geprägt durch den Wunsch nach vermehrtem Umweltschutz; indirekte Mitsprachemöglichkeit des Parlamentes bei der Freigabe der nächsten Kredittranche (Bürki).
- **Offene Planung in Zukunft** (Rohner)? Wahl der Basisvariante und der zusätzlichen Alternativ-Variante für die Vorprojektbearbeitung wird bekanntgegeben (Bürki).
- **Kapazität kantonale Umweltschutzfachstellen ungenügend / zusätzliche Kap. beistellen** (Rohrer)? Aus Sicht BAV genügend, die Kantone wollen jedoch ihre Aufwendungen aus dem AlpTransit-Kredit bezahlt haben; die Stellungnahmen treffen ein (Bürki).
- **Umweltanliegen im SKK / Vertrauensleute der Organisationen im SKK** (Rohrer)? SKK ist strategisches Organ; hat keinen direkten Einfluss auf das Baugeschehen; SKK beurteilt zuhanden Bundesrat das Vorprojekt und damit auch die eingehenden Stellungnahmen und Umweltanliegen; Umwelt hat grosses Gewicht (Bürki). SKK hat keine formelle Verantwortung; SKK ist Alarmorganisation des Departementschefs; ist vom Bundesrat noch nicht organisiert (Mühlemann).

- **Antwort Bundesrat betr. SKK (Rodewald) / Alarm SKK in Sachen Umwelt (Rohner)?** Anliegen betr. Umwelt-Alarmfunktion SKK wird dem Departementschef mitgeteilt (Mühlemann). Kantone nehmen Umweltinteressen bestens wahr; spätestens die kantonalen Vernehmlassungen können den Alarm auslösen (Bürki).
- **Mitwirkung der Bevölkerung nach Raumplanungsgesetz (Rodewald) / Widerspruch Mitwirkung nach Artikel 4 RPG und Ausschluss der Umweltorganisationen (Arnold)?** Kein Widerspruch; Artikel 3 der Verfahrensverordnung hat BAV mit BRP erarbeitet; Bevölkerung ist über Fortgang der Projektierung und Planung inkl. Stellungnahmen zu informieren; damit ist die Mitwirkungsmöglichkeit gegeben (Gauderon).
- **Mitwirkung Umweltorganisationen in der AGUM (Arnold)?** Ob Umstrukturierung der AGUM möglich, kann heute nicht beantwortet werden (Bürki). In dem vom Gesetz gegebenen Rahmen ist die Mitwirkung der Umweltorganisationen im Vorprojektgenehmigungsverfahren nicht vorgesehen; deshalb Mitwirkung in der AGUM nicht möglich (Gauderon).
- **Flexibilität bezüglich Fristen (Arnold)?** Einreichen Vorprojekt Ende 93 / Anfang 94, Genehmigung Vorprojekt Ende 94 / Anfang 95, Plangenehmigungsverfahren ab 95 ist im Sinne eines Arbeitsprogrammes vorgesehen; die gesetzlichen Fristen dagegen sind unflexibel (Bürki).
- **Flexibilität bezüglich Finanzen (Arnold)?** BAV hat keine Flexibilität; 14 Mia Franken sind auch eine wirtschaftliche Grenze; NEAT nicht wie Nationalstrassenbau (Bürki).
- **Information, z.B. NEAT-Zug und Broschüren, sind ungenügend (Arnold)?** Wir geben uns Mühe, breite Öffentlichkeit wurde informiert; an die Dossiers können die Umweltorganisationen nicht herankommen, da keine Mitwirkung vorgesehen (Bürki). Information der Öffentlichkeit obliegt gemäss Verfahrensverordnung den Bahnen, Umweltorganisationen gehören zur Öffentlichkeit (Gauderon).

Schlussfragen von Herrn Nationalrat Strahm:

- Ist eine "Umweltstimme" im SKK mit Kontaktmöglichkeit zu den Umweltorganisationen möglich? Dies würde den Parlamentsentscheid nicht verletzen.
- Kann in einer neuorientierten AGUM ein Vertreter der Umweltorganisationen Einsitz nehmen?
- Kann im Rahmen der Projektübergabe den Bahnen eine **Auflage** gemacht werden, die sie verpflichtet die Umweltorganisationen einzubeziehen?

Gemäss Herrn Strahm "drücken" die Umweltorganisationen über ihre örtlichen Vertreter und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Gemeinden und Kantone. Sie hätten jedoch gerne einen direkten Einfluss in der Projektorganisation.

Antwort:

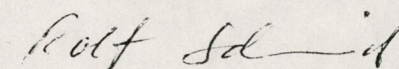
- Die Anliegen werden dem Departementschef unterbreitet (Mühlemann).

Anschlussfrage:

- **Mitwirkung wurde nur in einer Phase ausgeschlossen (Arnold)?** Die Anträge von Frau Diener wurden sowohl beim Bundesbeschluss über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahn-Grossprojekte, Vorprüfungsverfahren, als auch beim Alpentransit-Beschluss, Vorprojektgenehmigungsverfahren, vom Parlament abgelehnt (Lüthi).

Herr Mühlemann dankt für das Gespräch und bekräftigt die Gesprächsbereitschaft auf Seiten EVED. Die drei am Schluss gestellten Fragen werden schriftlich beantwortet.

Für das Protokoll:



R. Schmid